

Ungerechter Staat?

Wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, liegt Italien im **EU-Vergleich** im hintersten Feld. Eine Studie des Arbeitsförderungsinstitutes zeigt: Italien gibt **viel für Renten** aus, aber **wenig für Familien**.

von Heinrich Schwarz

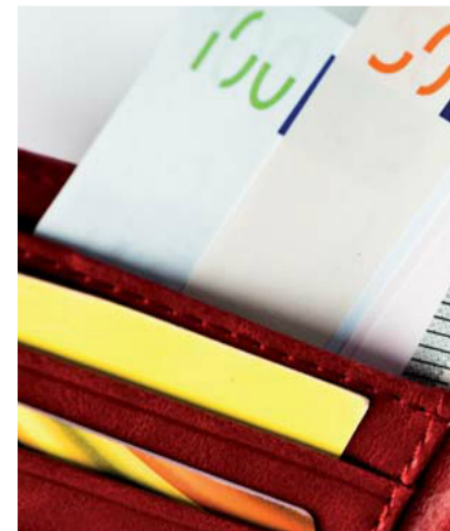
Unterschiedlicher könnten die Wohlfahrtsstaats-Modelle in Europa wohl nicht sein: Während etwa in Skandinavien alle Bürger Zugang zu Sozialleistungen haben, spielt der Staat in Südeuropa nur eine Nebenrolle. In Spanien, Portugal, Griechenland und Italien liegt es zumeist an den Familien selbst, für das Wohl ihrer Angehörigen zu sorgen.

Das Arbeitsförderungsinstitut (AFI) hat die Sozialausgaben in Italien unter die Lupe genommen

und mit anderen europäischen Ländern verglichen. Dabei räumt das AFI mit dem Vorurteil auf, dass Italien unverhältnismäßig hohe Sozialausgaben habe.

Die Sozialausgaben betragen in Italien 29,9 Prozent des BIP. Das sind 7.017 Euro pro Kopf und Jahr. Damit liegt der Stiefelstaat genau im Schnitt der 27 EU-Mitgliedsstaaten (29,4 Prozent des BIP bzw. 6.907 Euro pro Kopf). „Allerdings unterscheiden sich die Staaten sehr stark in der Aufteilung der Ausgaben nach sozialer Funktion“, heißt es vom AFI.

Um konkreter zu werden: Italiens „Welfare“ ist geprägt durch überdurchschnittlich hohe Rentenausgaben. Sie machen 51,4 Prozent der gesamten Sozialausgaben oder 15 Prozent des BIP aus. Im EU-Durchschnitt sind es 39,1 Prozent der Sozialausgaben. Dies geht klar zu Lasten der italienischen Familien. Sie erhalten nur 1,3 Prozent des BIP – also 331 Euro pro Kopf und Jahr. Südtirol ist mit seinen Leistungen natürlich etwas familienfreundlicher. Den lokalen Aspekt wird das AFI jedoch zu einem späteren Zeitpunkt untersuchen.



Geld für Familien: Skandinavische Staaten mit größerer sozialer Gerechtigkeit und höherem BIP

„Das italienische Sozialsystem schafft es nur bedingt, einen nennenswerten Anteil an Personen aus der Armutsgefährdung zu holen“, stellt Silvia Vogliotti, Hauptautorin der Studie, fest.

„Das italienische Sozialsystem schafft es nur bedingt, einen nennenswerten Anteil an Personen aus der Armutsgefährdung zu holen.“

Silvia Vogliotti

Zudem beachte das italienische Welfare-System weniger die Bedürftigkeit der Menschen, sondern vielmehr deren Zugehörigkeit zur einen oder anderen Kategorie. „Das entpuppt sich als wenig gerecht. In der EU reiht sich Italien in puncto soziale Gerechtigkeit nur an die 24. Stelle“, so Vogliotti.

An der Spitze liegen Schweden, Finnland und Dänemark. Es sind dies die Staaten, die universelle Leistungen und Dienste an ihre Bürger – unabhängig der Zugehörigkeitskategorie – vorsehen.

AFI-Direktor Stefan Perini meint: „Der Wohlfahrtsstaat wird oftmals als Bremsfaktor für die Wirtschaft dargestellt. Andere Studien zeigen aber, dass soziale Gerechtigkeit und ein hohes BIP zusammenhängen.“ Soziale Gerechtigkeit müsse aber von der Politik gewollt sein. Von alleine gehe nichts.